

Innenpolitik

Heike Holbig

Erstes Weißbuch zum politischen Parteiensystem veröffentlicht

Wenige Wochen nach dem XVII. Parteitag der KPCh veröffentlichte das Informationsbüro des Staatsrats Mitte November ein Weißbuch über „Chinas politisches Parteiensystem“, das erste seiner Art. Das rund 15.000 Wörter umfassende Dokument gibt einen ausführlichen Überblick über die historische Entwicklung und die institutionellen Zusammenhänge zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und den acht sogenannten „demokratischen Parteien“, deren Geschichte zum Teil auf den Sino-Japanischen Krieg und den Bürgerkrieg zwischen der KPCh und der Guomindang zurückgeht. Insgesamt verfügen die mit den ostdeutschen Blockparteien verwandten acht „demokratischen Parteien“ über 707.100 Mitglieder – im Vergleich zu über 73 Mio. KPCh-Mitgliedern. In akademischen und Wirtschaftskreisen sind die Mitglieder dieser kleinen Parteien aber durchaus einflussreich.

Bei den acht Parteien handelt es sich um das Revolutionskomitee der Guomindang Chinas (gegr. 1948), die Chinesische Demokratische Liga (gegr. 1941), die Chinesische Gesellschaft für den Demokratischen Nationalen Aufbau (gegr. 1945), die Chinesische Gesellschaft für die Förderung der Demokratie (gegr. 1945), die Chinesische Demokratische Partei der Bauern und Arbeiter (gegr. 1930), die Zhi-Gong-Partei Chinas (gegr. 1925), der vor allem heim-

gekehrte Auslandschinesen angehören, die Gesellschaft des 3. September (gegr. 1944) und die Demokratische Selbstbestimmungsliga Taiwans (gegr. 1947).

Organisatorisch zusammengefasst in der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes haben die acht Parteien in erster Linie Beratungsfunktionen, die im Lauf der Reformperiode sukzessive aufgewertet wurden. In wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen werden ihre Stimmen, die zum Teil durch Vorfeldstudien untermauert werden, durchaus eingefangen. Ein Nachverfolgungssystem für Vorschläge und Eingaben sichert den Mitgliedern der Politischen Konsultativkonferenzen ein zeitnahes Feedback der inhaltlich jeweils zuständigen Regierungsorgane zu. Klares Ziel dieser „Mehrparteienkooperation“ ist die Stärkung politischer Verantwortlichkeit und die Absicherung politischer Entscheidungen durch einen unter der Führung der KPCh auf konsultativem Wege gewonnenen Konsens. Parteienkonkurrenz oder gar die Möglichkeit einer Herausbildung von Oppositionsparteien wird hingegen explizit abgelehnt, da sie den historischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Chinas nicht entsprächen. Im Wesentlichen liefert das Weißbuch damit die strukturelle Beschreibung und ideologische Begründung eines Systems des konsultativen Autoritarismus und rechtfertigt somit ein weiteres Mal die absolute Führungsposition der KPCh.

In die Richtung vorsichtiger Reformen weist einzig die Aussicht, zukünftig mehr Regierungsämter mit Nicht-KPCh-Mitgliedern, insbesondere Mitgliedern der acht „demokratischen Parteien“ zu beset-

zen. Waren diese in den 1950er Jahren durchaus gern gesehene Kandidaten für Positionen in Regierung und öffentlichem Dienst, so führten seit den 1960er Jahren die Anti-Rechts-Kampagne und die Kulturrevolution zu einem starken Rückgang in der Rekrutierung von Nicht-KPCh-Mitgliedern. Im Zuge der Reformperiode und vor allem der Wiederbelebung der Privatwirtschaft und des Ausbaus der Hochschulbildung wurden die personellen Ressourcen der „Satelliten“-Parteien nach und nach wiederentdeckt.

Nach offiziellen Zahlen sind derzeit rund 31.000 Regierungsämter oberhalb der Kreisebene mit Mitgliedern der acht demokratischen Parteien besetzt; 177.000 Abgeordnete der Volkskongresse auf den verschiedenen administrativen Ebenen sind keine KPCh-Mitglieder. Bei zunehmender Gewichtung fachlicher Kompetenzen vor politischen Kriterien sollten die Chancen von Angehörigen der „demokratischen Parteien“ weiter steigen, sich für staatliche Führungspositionen zu qualifizieren. Die Berufung der Nicht-KPCh-Mitglieder Wan Gang zum Minister für Wissenschaft und Technologie und Chen Zhu zum Gesundheitsminister im Sommer d.J. (C.a., 3/2007:113-114, 4/2007:139-141) weisen in eine solche Richtung. (Englische Übersetzung des Weißbuchs „China's Political Party System“ unter <http://www.china.org.cn/english/features/book/231979.htm>; XNA, 15.11.07; RMRB, 17.11.07; SCMP, 16.11.2007)

KPCh verzeichnet 73,4 Mio. Mitglieder

Nach offiziellen Angaben ist die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei Chinas inzwischen auf über 73 Mio. angewachsen. Zum Stand Ende Juni 2007 betrug die genaue Mitgliederzahl 73,36 Mio., ein Zuwachs von 6,42 Mio. in den vergangenen fünf Jahren. Im selben Zeitraum wurden 13,16 Mio. neue Mitglieder verzeichnet, mithin sind seit dem Jahr 2002 6,66 Mio. alte Mitglieder abgegangen.

Der Zuwachs fiel damit insgesamt niedriger aus als in den Jahren vor 2002. Zwischen 1997 und 2002 etwa war die Mitgliederzahl um rund 8 Mio. gewachsen. Der Wachstumsrückgang dürfte vor allem auf die ideologische Erziehungskampagne zur „Bewahrung der Fortschrittlichkeit der Parteimitglieder“ zurückzuführen sein, die zwischen Anfang 2005 und Ende 2006 in allen Parteiorganisationen landesweit durchgeführt worden war. Im Zuge dieser Kampagne waren die Mitgliedslisten bereinigt und nicht mehr aktive Mitglieder ausgesondert worden (C.a., 4/2007:136-138).

Unter den 13,16 Mio. neu zugegangenen Mitgliedern sind gemäß der vorgelegten statistischen Angaben 31,9% Frauen, 7,2% Angehörige ethnischer Minderheiten, 49,3% Personen, die an der gesellschaftlichen Basis tätig sind, wie etwa Polizisten, Ärzte oder Lehrer, sowie 32,5% Studenten höherer Bildungseinrichtungen. Unter den neuen Mitgliedern sind 71,8% jünger als 35 Jahre; der Anteil dieser Altersgruppe an der gesamten Mitgliedschaft ist damit auf 23,7% gewachsen, während der Anteil

der 36- bis 59-Jährigen nun bei 52,95% liegt.

Was die „soziale Schichtung“ der KPCh-Mitgliedschaft angeht, wurden ebenfalls aktuelle Zahlen bekannt gegeben. Demnach waren Mitte 2007 unter den Mitgliedern 10,8% Arbeiter, 31% im Primärsektor Beschäftigte, 29% Kader, Manager und technische Fachkräfte, 2,2% Militärangehörige, 2,6% Studenten, 18,8% Rentner und 5% Vertreter sonstiger Gruppen, darunter 4,3% Angehörige privater Unternehmen (vgl. auch die Dokumentation in der Rubrik „Gesellschaft“ unten).

Ebenfalls offiziellen Angaben zufolge ist die Zahl der Basisorganisationen der KPCh seit dem Jahr 2002 um 142.000 auf 3,607 Mio. gestiegen. Wie auch der jüngste Parteitagbericht im Oktober gezeigt hat, ist die Partei bestrebt, ihr Organisationsnetz an der gesellschaftlichen Basis weiter auszubauen, vor allem auch in privatwirtschaftlichen Unternehmen sowie in Vereinen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen. (Xinhua, 8.10.07, nach BBC PF, 11.10.07; XNA, 8., 14.10.07)

Häufung von Repressalien gegen Aktivisten

Im Vorfeld des Mitte Oktober beginnenden XVII. Parteitags der KPCh wurde in zahlreichen Fällen bekannt, dass staatliche Sicherheitskräfte mit Repressalien aller Art gegen inländische Aktivisten vorgegangen sind. Nach Einschätzung von Nicolas Becquelin von Human Rights Watch ist seit Beginn 2007 eine Stufentaktik erkennbar, mit der zunächst die Medienkontrolle verstärkt, dann die Universitäten im Hinblick

auf geplante akademische Veranstaltungen unter Augenschein genommen, anschließend die große Zahl der aus allen Provinzen in die Hauptstadt strömenden Petitionäre aus der Hauptstadt entfernt und zuletzt nun verstärkt Repressalien gegen bekannte Aktivisten eingesetzt wurden.

So berichteten Hongkonger Quellen Anfang Oktober darüber, dass Polizeikräfte mehrere sogenannte „Petitions-Dörfer“ im Süden der Hauptstadt gestürmt und aufgelöst hätten – Siedlungen, in denen Petitionäre bevorzugt eine Bleibe finden, während sie in Beijing auf die Behandlung ihrer Eingaben warten. Unter Androhung hoher Strafen wurden die Petitionäre in ihre Heimatprovinzen zurückgeschickt, um im Vorfeld des XVII. Parteitags die Hauptstadt von jeglichem Konfliktpotenzial zu befreien.

In der ersten Oktoberhälfte häuften sich außerdem Nachrichten über Verhaftungen, Entführungen und Gewalttaten gegen Rechtsanwälte, Demokratieaktivisten, Kritiker der Olympiade und Schriftsteller. Prominente Opfer waren etwa Li Heping, ein Beijinger Rechtsanwalt, der sich in der Vergangenheit in Menschenrechtsfragen engagiert und unter anderem für mehrere zum Tode Verurteilte eingesetzt hatte. Eigenen Aussagen zufolge wurde er gekidnappt, misshandelt und anschließend wieder auf freien Fuß gesetzt. Gao Zhisheng, ein anderer bekannter Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist, gilt seit dem 22. September als vermisst. Zwei Söhne Ye Guozhus, eines Aktivisten, der sich gegen Zwangsent eignungen von Land im Vorfeld der Olympiade eingesetzt hatte und seit dem Jahr 2004 inhaftiert ist, sollen ebenfalls von Si-

cherheitskräften in Gewahrsam genommen worden sein. Vermisst wurden außerdem Yao Lifa und Lu Banglie, zwei Demokratieaktivisten aus der Provinz Hubei, die mit ihrem Einsatz für demokratische Wahlen auf lokaler Ebene international Aufsehen erregt hatten. Ersterer soll Ende Oktober wieder freigesetzt worden sein. Betroffen waren auch die Menschenrechtsaktivistin Zeng Jinyan und ihr Mann Hu Jia, ein HIV- und Umweltaktivist, die zu Finalisten des jährlich vom Europäischen Parlament verliehenen Sacharow-Preises gewählt worden waren. Das kurz vor der Geburt des ersten Kindes stehende Ehepaar wurde in der ersten Oktoberhälfte unter strengen Hausarrest gestellt.

Repressalien gegen politisch unliebsame Gruppen im Vorfeld von Parteitagungen oder Sitzungen des Nationalen Volkskongresses gehören seit Langem zum Standardrepertoire des chinesischen Sicherheitsapparats. Die in diesem Jahr ergriffenen Maßnahmen könnten aber zugleich dem Ziel dienen, die Hauptstadt möglichst gründlich von „unharmonischen Elementen“ zu befreien, bevor im Vorfeld der Austragung der Olympiade im nächsten Sommer die Aufmerksamkeit der gesamten Weltöffentlichkeit auf Beijing gerichtet ist. (SCMP, 3., 11., 12., 13., 15., 30.10.07; *Ming Pao*, 23.9., 20.10.07, nach BBC PF, 2.10., 1.11.07)

Neue Offensive Beijings gegen den Dalai Lama

Zwischen der chinesischen Führung und dem 14. Dalai Lama hat sich der Ton in den vergangenen Wochen weiter verschärft. Beigetragen hat dazu das internationale

Medienecho im Gefolge der Treffen hochrangiger Politiker mit dem Dalai Lama in Deutschland, den USA, Australien und Kanada sowie die Verleihung der Goldmedaille durch den US-Kongress, der höchsten zivilen Auszeichnung der Vereinigten Staaten, an den Dalai Lama Mitte Oktober 2007 (vgl. Dokumentation in der Rubrik „Außenpolitik“ oben).

So häuften sich seit Oktober in den chinesischen Medien Verbalattacken nicht nur gegen die angeblichen Versuche des Dalai Lama, die westliche Öffentlichkeit für seine „separatistischen“ Ziele zu instrumentalisieren, sondern auch gegen die „Naivität“ westlicher Regierungen (insbesondere auch der Mitglieder des US-Kongresses) und von Menschenrechtsvertretern, mit der sie sich instrumentalisieren ließen.

Mit Verweis auf kritische Stimmen in der westlichen Presse (u.a. auch in der *Welt*, im *Spiegel* und im *Tagesspiegel*) wurde dem Dalai Lama vorgeworfen, als Vertreter einer überholten Theokratie Politik und Religion aus machtpolitischem Kalkül zu vermissen. In Übernahme feudaler Sklavenhaltermentalität toleriere er Nepotismus, Korruption und den Missbrauch internationaler Finanzmittel in der tibetischen Exilregierung in Dharamsala. Trete er international als Verfechter religiöser Glaubensfreiheit auf, so betreibe er gegenüber anderen Schulen innerhalb des tibetischen Buddhismus eine Politik der Intoleranz und „religiösen Hegemonie“. Auch toleriere er „fundamentalistische“ Praktiken wie die Diskriminierung von Frauen, den Glauben an Dämonen sowie sexuellen und psychologischen Missbrauch.

In altbekannter Manier werden die For-

derungen des Dalai Lama nach Verwirklichung einer echten „Autonomie“ des tibetischen Volkes im Rahmen der chinesischen Verfassung als Heuchelei entlarvt; faktisch habe er seinen Kampf für die Unabhängigkeit Tibets niemals aufgegeben, sondern über die Jahre nur seine Rhetorik an die internationale Großwetterlage angepasst. Neu ist an der Argumentation allerdings, dass ein von chinesischer Seite in der Vergangenheit ungern angesprochenes Thema, das der Aufnahme von Verhandlungen zwischen beiden Seiten im Wege steht, nun wiederholt explizit benannt wurde: So wiesen mehrere Artikel in der chinesischen Presse darauf hin, dass insbesondere die Forderung des Dalai Lama auf die Verwirklichung eines autonomen „Groß-Tibet“, das tibetische Bevölkerungsteile nicht nur in der Autonomen Region Tibet, sondern auch in den Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan umfasst, unhaltbar sei, da sie eine völlige Neukonstruktion der ethnischen Verhältnisse und die Gefahr sozialer Destabilisierung in den betreffenden Regionen Chinas impliziere. Hier handelt es sich um einen Aspekt, der in der westlichen Medienöffentlichkeit meist unterbelichtet bleibt, wenn das Verhältnis zwischen Beijing und dem Dalai Lama diskutiert wird (vgl. Heike Holbig, „Far Away, So Close – Zur Hoffnung des Dalai Lama auf eine Rückkehr nach Tibet“, C.a., 4/2005:23-30).

Bereits zum 1. September 2007 waren neue Vorschriften des Staatlichen Amtes für Religionsangelegenheiten zur Frage der Reinkarnation religiöser Oberhäupter des tibetischen Buddhismus in Kraft getreten, die Reinkarnationen ohne Billigung der

chinesischen Regierung als illegal und ungültig erklärten. Damit reagierte die parteistaatliche Führung offenbar auf wiederholte Ankündigungen des 14. Dalai Lama in den vergangenen Jahren, sein Nachfolger würde voraussichtlich außerhalb der Grenzen des chinesischen Territoriums reinkarnieren, sofern es ihm nicht gestattet sei, noch zu Lebzeiten nach China zurückzukehren (vgl. *ibid.*).

Ende November formulierte der Dalai Lama nun – offenbar wiederum in Reaktion auf die neuen Vorschriften – den provokanten Gedanken, den 15. Dalai Lama nicht durch Reinkarnation zu identifizieren, sondern durch alternative Verfahren zu bestimmen. Denkbar sei eine Wahl seines Nachfolgers durch klerikale Vertreter nach dem Vorbild der Papstwahl durch ein Konklave der Kardinäle oder die persönliche Ernennung zu Lebzeiten des 14. Dalai Lama. Welches Verfahren letztendlich gewählt würde, habe das tibetische Volk durch ein Referendum zu bestimmen. Mit diesem Vorschlag berührte er einen hochgradig empfindlichen Nerv der chinesischen Führung, die akute Furcht vor einem Referendum zur Unabhängigkeit Taiwans hat und ohnehin dazu neigt, die „Taiwanfrage“ eng mit der „Tibetfrage“ zu koppeln. Vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich, wenn auch für eine atheistisch geprägte Führung erstaunlich, war die Reaktion aus dem chinesischen Außenministerium. So ließ dieses verlauten, der Dalai Lama würde „religiöse Rituale und historische Konventionen des tibetischen Buddhismus verletzen“, sollte sein Nachfolger abseits des traditionellen Reinkarnationsverfahrens bestimmt werden. Sollte

der Dalai Lama sich mit diesem Vorschlag durchsetzen, könnten für die Volksrepublik tatsächlich ganz neue Herausforderungen entstehen. Ein noch zu seinen Lebzeiten bestimmter Nachfolger hätte die Gelegenheit, unter dem prominenten Schirm des 14. Dalai Lama Glaubwürdigkeit und Anhänger zu gewinnen, und eine wie auch immer gestaltete Wahl unter tibetischen Buddhisten könnte eine neue politische Dynamik entfalten, die auch auf die Autonome Region Tibet ausstrahlen dürfte.

Entgegen westlicher Hoffnungen, dass sich das Verhältnis zwischen Beijing und dem Dalai Lama im Vorfeld der Olympiade im Sommer 2008 verbessern könnte, ist angesichts der jüngsten Verschärfung kaum mit einer Entspannung zu rechnen. (XNA, 7., 17.10., 1., 12., 22.11.07; Xinhua, 18.10.07, nach BBC PF, 20.10.07; SCMP, 23.11.07; ST, 15.10., 28.11.07; *Wen Wei Po*, 17.10.07, nach BBC PF, 18.10.07; FT, 17.10., 23., 24./25.11.07; IHT, 12., 16., 18., 24.10.07; *Economist*, 1.12.07; NZZ, 28.11.07; FAZ, 21., 24.11.07)

Todesurteile gegen Mitglieder der Islamischen Bewegung Ostturkestans

Wie die staatlichen chinesischen Medien Mitte November meldeten, hat ein Gericht in Kashgar in der Autonomen Region Xinjiang sechs Angehörige der Islamischen Bewegung Ostturkestans (East Turkestan Islamic Movement, ETIM) mit schweren Strafen belegt. Gegen drei von ihnen wurde das Todesurteil verhängt, zwei erhielten eine Todesstrafe mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub, ein sechster eine lebenslange Freiheitsstrafe.

Die Verurteilten wurden des Separatismus, des religiösen Extremismus, der Organisation und Leitung einer terroristischen Organisation sowie der Herstellung von Sprengstoffen beschuldigt. Ihnen wurde vorgeworfen, mit Unterstützung der ETIM im Pamirgebirge im Süden Xinjiangs ein Trainingslager aufgebaut zu haben, wo sie seit August 2005 potenzielle Terroristen rekrutiert und ausgebildet haben sollen. Offenbar waren die sechs nun Verurteilten unter einer Gruppe uigurischer Kämpfer, die im Januar d.J. bei der Stürmung des genannten Trainingslagers durch chinesische Sicherheitskräfte verhaftet wurden. Bei dem gewaltsamen Einsatz sollen 18 uigurische Kämpfer und ein Polizist ums Leben gekommen sein.

Die ETIM soll 1993 gegründet und nach vorübergehender Auflösung im Jahr 1997 erneut ins Leben gerufen worden sein. Der Bewegung wird unter anderem vorgeworfen, seit 1998 in Afghanistan und anderen Standorten außerhalb Chinas Trainingslager zur Vorbereitung terroristischer Anschläge in Xinjiang errichtet und umfangreiche Waffenarsenale aufgebaut zu haben. Von Bin Laden und dem Taliban-Regime habe sie langjährige Unterstützung in Form finanzieller Mittel, personeller Ausbildung und Waffenlieferungen erhalten. Zum Alqaeda-Netzwerk unterhält die ETIM angeblich bis heute Kontakte.

Ende 2003 setzte die chinesische Regierung die ETIM gemeinsam mit mehreren anderen Organisationen auf eine Liste „terroristischer Gruppierungen, nachdem diese bereits im August 2002 – auf Drängen Chinas hin – von den USA in deren Liste „terroristischer“ Organisationen auf-

genommen worden war (C.a., 8/2002:Ü5; 12/2003:Ü11).

Organtransplantationen nur noch für Angehörige von Hingerichteten

Unter internationalem Druck hat die Chinesische Ärztevereinigung im Oktober in Aussicht gestellt, die Entnahme von Organen Hingerichteter zukünftig zu unterbinden. Transplantationen sollen demnach auch nach Einwilligung der Spender nur noch gestattet sein, wenn der Empfänger ein naher Familienangehöriger ist.

Nachdem die weit verbreitete Praxis der Organentnahme bei Hingerichteten in der Volksrepublik von internationaler Seite lange Jahre kritisiert worden war, gestand die chinesische Regierung derartige Missstände erst im vergangenen Jahr ein. Im Mai 2007 trat daraufhin eine Bestimmung des Gesundheitsministeriums in Kraft, die die Organentnahme von der vorherigen Einwilligung des Spenders abhängig macht.

Nach Ansicht des Weltärztebundes, die in einer Resolution vom Mai 2006 dargelegt wurde, reicht die Forderung nach vorheriger Einwilligung durch den Spender im Fall inhaftierter Personen nicht aus, da diese nicht in der Lage seien, die Entscheidung auf der Grundlage freier und informierter Wahlmöglichkeit zu treffen. Ebenfalls im Jahr 2006 hatte der Weltärztebund die Chinesische Ärztevereinigung aufgefordert sicherzustellen, dass seine Mitglieder sich nicht an der Organentnahme von exekutierten Personen beteiligten. Auf einer Tagung des Weltärztebundes, die im Oktober 2007 in Kopenhagen stattfand,

reagierte die Chinesische Ärztevereinigung auf diese Forderungen nun erstmals mit einer Zusage, Organtransplantationen nur noch für Angehörige Hingerichteter zuzulassen, ohne allerdings eine zeitliche Frist für die Umsetzung zu benennen.

Laut Angaben des chinesischen Gesundheitsministeriums wären jährlich rund 1,5 Mio. Organtransplantationen medizinisch angezeigt, tatsächlich durchgeführt werden könnten allerdings nur rund 10.000 derartiger Operationen im Jahr. Stammen nach Angaben eines Vertreters der Gesellschaft für Organtransplantation, die der Chinesischen Ärztevereinigung angehört, in der Vergangenheit rund 95% der transplantierten Organe von Inhaftierten, so sei dieser Anteil im Zuge der Restriktionen seit dem Jahr 2006 signifikant gesunken. Angesichts des Rückgangs sei es umso wichtiger, Organspenden durch Familienangehörige und Organentnahmen bei hirtoten Menschen zu fördern; von Letzteren stammten in den USA beispielsweise bis zu 50% der transplantierten Organe. (CD, 9.10.07; SCMP, 8.10.07; FAZ, 11.10.07)

Bildung und Wissenschaft

Günter Schucher

China verjüngen durch Wissenschaft und Bildung

Wissenschaft und Bildung wurden vom Generalsekretär der KPCh, Hu Jintao, in seinem Bericht an den XVII. Parteitag verschiedentlich erwähnt, ganz prominent im Abschnitt über das „wissenschaftliche Ent-